

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.



## Bundesrat Kurt Furgler zu Besuch

(paf) - Der Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, Bundesrat Dr. Kurt Furgler, hält sich am 25. und 26. August 1986 zu einem offiziellen Besuch im Fürstentum Liechtenstein auf. In der Begleitung des Bundesrates befinden sich seine Gattin sowie der Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA), Dr. Klaus Hug, der Chef der Integrationsbüros EDA/EVD, Dr. Jakob Kellenberger, und der persönliche Mitarbeiter des Bundesrates, lic. rer. publ. Walter Fust.

Die Schweizer Delegation trifft am späteren Montag vormittag in Liechtenstein ein, wo sie von Mitgliedern der Regierung begrüsst wird. Beim anschliessenden Mittagessen sind der Bundesrat und seine Begleitung Gäste Ihrer Durchlauchten Erbprinz Hans Adam und Erbprinzessin Marie von und zu Liechtenstein auf Schloss Vaduz. Am Nachmittag besichtigen die Gäste aus der Schweiz die Firma Hovalwerk AG in Vaduz. Das offizielle Besuchsprogramm sieht im weiteren einen Empfang des Schweizer Vereins im Fürstentum Liechtenstein und im Anschluss daran ein von der Regierung gegebenes Abendessen zu Ehren von Bundesrat Dr. Kurt Furgler vor.

Am zweiten Besuchstag trifft die Schweizer Delegation zu Arbeitsgesprächen mit einer Regierungsdelegation sowie einer Abordnung der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer zusammen. Das Protokoll sieht im weiteren Verlauf des Vormittags eine Fahrt nach Triesenberg und die Besichtigung des Walser-Heimatmuseums unter der Führung von alt Dekan Geistlicher Rat Engelbert Bucher vor. Nach einem gemeinsamen Mittagessen in Malbun treten die Gäste aus der Schweiz am frühen Nachmittag die Heimreise an.

## Ermittlungsverfahren gegen Wienerwald-Jahn

München (AP) Die Münchner Staatsanwaltschaft hat gegen den «Hendlkönig» Friedrich Jahn ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts eines Konkursvergehens und der verspäteten Bilanzierung eingeleitet. Oberstaatsanwalt Otto Heindl sagte am Freitag, die Einleitung des Verfahrens gehe auf die Anzeige der Verteidigerin eines ehemaligen Wienerwald-Geschäftsführers zurück, gegen den derzeit vor dem Amtsgericht München verhandelt wird. Dem früheren Geschäftsführer wird zur Last gelegt, den Gang zum Konkursgericht trotz erheblicher Bilanz-Überschuldung seinerzeit in den Jahren 1980 und 1981 verspätet angetreten zu haben. In diesem Verfahren, das am 2. September fortgesetzt wird, wurden Beschuldigungen gegen Friedrich Jahn erhoben.

## Demokratie verlangt nach starker Volksvertretung

Überlegungen über die Rolle unseres Parlaments nach dem Ende der diesjährigen Sommerpause

Der Landtag beendete seine Arbeit vor der Sommerpause etwas früher als gewohnt, dafür nimmt er seine Tätigkeit im Herbst voraussichtlich auch etwas später auf. Arbeitsdruck ist, ein halbes Jahr nach der Bildung der neuen Koalitionsregierung, offensichtlich noch nicht in einem Ausmass vorhanden, der zu früherem oder rascherem Handeln zwingen würde. Das Parlament wartet auf das, was es von der Regierung an Gesetzesvorlagen, Kreditanträgen und dergleichen vorgesetzt erhält.

Die erste Landtagssitzung nach der Sommerpause wird nach inoffiziellen Mitteilungen erst im Oktober stattfinden. Sofern nichts Aussergewöhnliches passiert, tritt der Landtag nach einer fast viermonatigen Pause in der gewohnten Formation zusammen, ebenso in der gleichen zahlenmässigen Besetzung wie vor 65 Jahren, als die Verfassung (vom 21. Oktober 1921) die Grösse des Parlaments auf 15 Mandatare festlegte. Seither ist, wie wieder einmal bei den Feierlichkeiten zum 80. Geburtstag des Landesfürsten in allen Ansprachen mit aller Deutlichkeit hervorgehoben wurde, eine ungeahnte Umwandlung unseres Landes vollzogen worden, nur beim Landtag, der Volksvertretung in unserer Demokratie, blieb die Zeit offenbar stehen.

### Überforderung des Parlaments

Über die dringend notwendige Verstärkung unseres Landtags, in erster Linie durch eine zahlenmässige Aufstockung, die das Volk besser repräsentieren könnte, wurde in den letzten Jahren viel geschrieben und geredet. Bei Betrachtung des Abstimmungsergebnisses über die Erhöhung der Landtagszahl, das freilich verschiedene Interpretationen zulässt, könnte der Eindruck entstehen, grundsätzlich sei das Volk gewillt, einer Erhöhung seine Zustimmung zu erteilen. Sofern nicht wieder parteitaktische Manöver das Gesetz des Handelns bestimmen, und sofern nicht wieder wahltaktische Überlegungen ein gemeinsames Vorgehen der politischen Kräfte verhindern, könnte eine erneute Befragung der Stimmberechtigten durchaus eine Chance bieten, die Abgeordnetenzahl zu erweitern.

Den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern kann nicht verborgen geblieben sein, dass die zahlenmässige Unterbesetzung auch zu einer Überforderung des

Parlaments geführt hat. Und was für das Parlament als Ganzes gilt, hat seine Gültigkeit auch für den einzelnen Mandatar.

### Eigeninitiativen fehlen

Als Zeichen der Überforderung kann gewertet werden, wenn der Landtag nach relativ kurzer Zeit einen Beschluss korrigieren muss, weil sich eine gesetzliche Bestimmung in der Praxis anders auswirkt, als der Landtag - vielleicht aufgrund fehlender Vorbereitungszeit, vielleicht aufgrund der zumeist angewendeten Eilverfahren in der gesetzgeberischen Arbeit - angenommen hat.

Die Überforderung aber kommt auch darin zum Ausdruck, dass beispielsweise derzeit vier parlamentarische Kommissionen an Gesetzesvorlagen feilen, wobei die Zahl der damit beschäftigten Kommissionsmitglieder die Anzahl der Abgeordneten übersteigt. Auf die Milizparlamentarier, die neben ihrer parlamentarischen Tätigkeit einen Beruf ausüben, kommen teilweise Doppel- oder gar Mehrfachbelastungen zu, die verkraftet werden müssen.

Nicht zuletzt ist die Überforderung in zeitlicher und materieller Hinsicht, die durch die Kleinheit des Landtags akzen-

tuert wird, im Umstand ersichtlich, dass die Eigeninitiativen des Landtags weitgehend fehlen. In periodischen Abständen, die nicht ungerne vor einem Wahltermin liegen, erfasst den Landtag zwar das Drängen, Postulate, Motionen und Interpellationen einzureichen, um von der Regierung Auskunft, Berichte oder Gesetzesvorlagen zu verlangen. Doch eigene Gesetzeswerke, die einem Parlament als gesetzgebende Gewalt auch anstehen würden, sind geradezu Raritäten. Der Landtag reagiert auf die Vorlagen der Regierung, die damit weitgehend die gesetzgeberische Tätigkeit dominiert.

### Wann erfolgt ein Vorstoss?

Gleich jetzt, nur kurz nach den Wahlen und vor allem lange vor dem nächsten Urnengang, wäre der Zeitpunkt für entschlossenes Handeln gekommen. Dabei ist es mit der Erhöhung der Landtagszahl nicht getan, obwohl allein damit viel verbessert werden könnte. Nicht zuletzt könnte damit der Kontrollfunktion des Landtags, die unter geradezu sträflicher Vernachlässigung leidet, etwas Leben eingehaucht werden. Aber eben: wann erfolgt ein entsprechender Vorstoss?

(G. M.)

## VOLKSBLATT zu Gast in Ruggell

Aktuelles über eine aufstrebende Gemeinde

(hoec) - Fast explosionsartig hat sich in den letzten Jahren die Bevölkerungszahl der Gemeinde Ruggell entwickelt. Heute zählt die schmucke Gemeinde fast 1400 Einwohner. Ruggell wurde von vielen als ruhiges Dorf in idyllischer Umgebung entdeckt. Neue Häuser in neuen Wohngebieten entstanden und die Gemeinde sah und sieht sich einem der Entwicklung angepassten Ausbau der Infrastruktur gegenüber, der sehr viel Investitionsmittel erforderlich macht.

Zudem werden weitere Millionen für den Erweiterungsbau der Schulanlage und für das Vereins- und Jugendhaus als die gegenwärtig grössten Bauprojekte benötigt. Trotzdem hat es der Gemeinderat vorzüglich verstanden, eine ausgewogene Finanzpolitik zu verfolgen, so dass die Finanzlage als gesund bezeichnet werden darf.

Wie sich Vizevorsteher Viktor B.

chel im Gespräch mit dem VOLKSBLATT äusserte, seien kurz- bis mittelfristige Geldmittelaufnahmen in vertretbarem Rahmen erforderlich, die wirtschaftlich betrachtet absolut verantwortbar seien.

Im Vergleich mit anderen Gemeinden ist Ruggell noch sehr stark geprägt von der Landwirtschaft. Deshalb ist die Erhaltung landwirtschaftlichen Bodens - auch aus Gründen der Ernährung - wichtig und notwendig.

Die Gestaltung eines schönen Dorfbildes ist ein weiteres wichtiges Anliegen des Gemeinderates. Erhaltenswerte Altbauten werden für den privaten Wohngebrauch renoviert und beleben und verschönern so das Dorfbild. Ruggell ist trotz des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels nach dem Zweiten Weltkrieg ein liebens- und lebenswertes Dorf mit Zukunft geblieben.

## KOMMENTAR

Die fünf Regierungsmitglieder haben auf ihrer schweren Wanderung auf teilweise unwegsamen Pfaden wohl manchen Stein weggetreten. Nun scheint es, als ob auch im übertragenen Sinne ein Stein ins Rollen gekommen sei. Die Frage, ob das von der Regierung besichtigte Garselli-Gebiet zur Naturlandschaft erklärt oder für eine weitere alpwirtschaftliche Nutzung durch einen Fuss- und Fahrweg über das Saminatal erschlossen werden soll, dürfte in nächster Zeit nicht nur die Regierung, sondern auch die Landwirte und Natur-

### Kälber oder Hirsche?

schützer, die Förster und Jäger sowie andere interessierte Kreise beschäftigen.

Nach den bisherigen Reaktionen drängt sich die Mutmassung auf, zwischen den alpwirtschaftlichen Interessen und den Vorstellungen des Natur- und Landschaftsschutzes habe sich ein Gegensatz entwickelt. Die einen sehen in diesem Gebiet offenbar (nach Erschliessung und Ausbau) eine herrliche Alpweide, deren Nutzung angesichts der ständig sich reduzierenden Landwirtschaftsfläche erhalten bleiben sollte. Den anderen hingegen schwebt in diesem wildreichen Gebiet offensichtlich ein Naturreservat vor, in dem die Natur sich weitgehend ohne menschliche Eingriffe selbst reguliert.

Kälber oder Hirsche? Ist das die Frage? Sollte sich zwischen den Vertretern der Alpwirtschaft und den Vertretern des Naturschutzes in dieser Angelegenheit ein Graben öffnen, so wäre zumindest die Frage zu stellen, ob nicht beide Gruppen am gleichen Strick ziehen könnten. Land- und Forstwirtschaft auf der einen Seite, Natur- und Landschaftsschutz auf der anderen - sollten sie nicht die gleichen Interessen in bezug auf die Erhaltung der Umwelt hegen?

Am geplanten Fuss- und Fahrweg sollte diese Kooperation nicht scheitern. Zumal dieses Projekt ohnehin etwas den Beigeschmack eines taktischen Mittels trägt, um die eine Seite gegen die andere auszuspielen.

(G. M.)

## Zukunft von Gaflei

Abstimmung in Vaduz am Wochenende

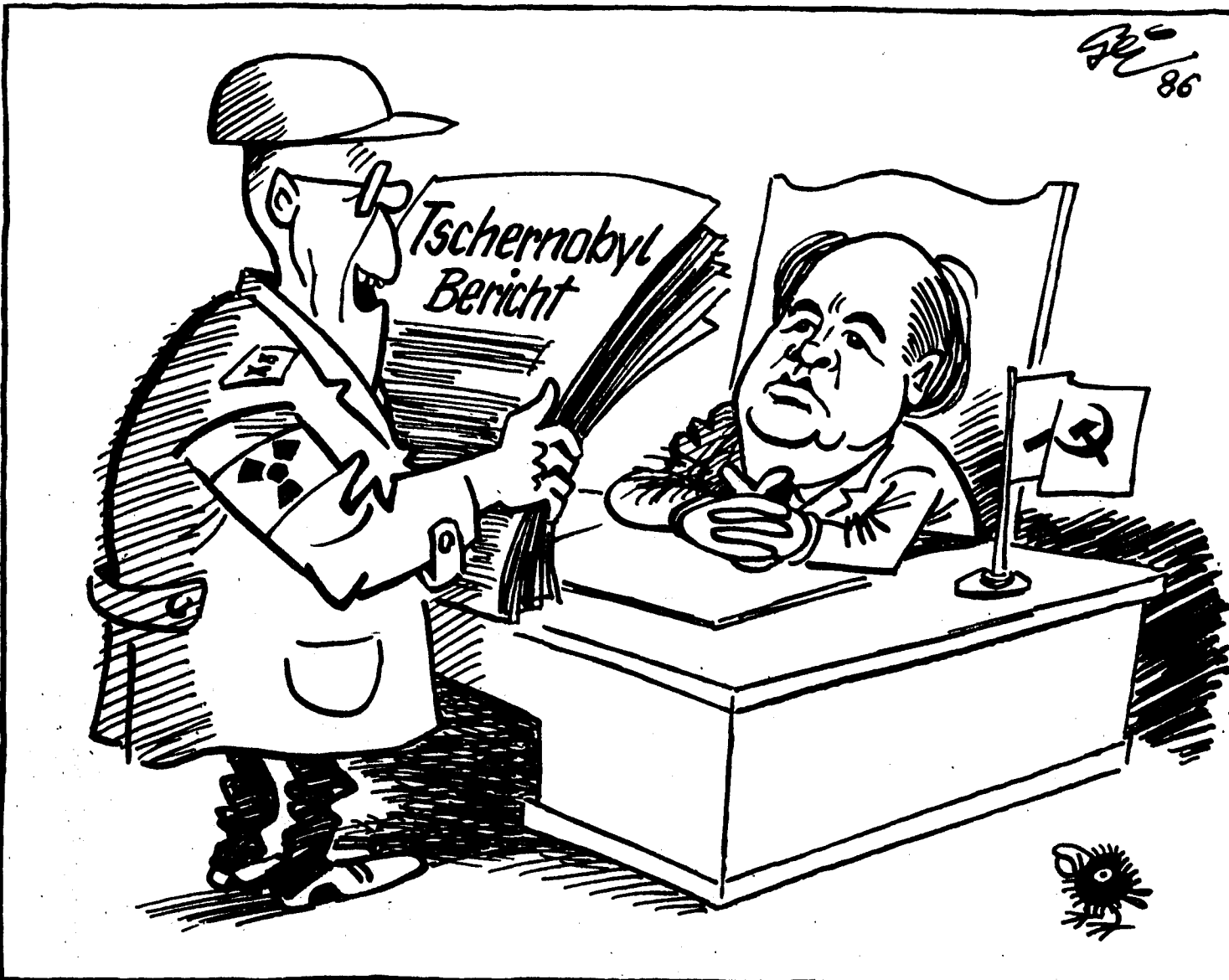
Über die Zukunft des Hotel- und Restaurationsbetriebes «Gaflei» wird dieses Wochenende in der Gemeinde Vaduz entschieden. Der Gemeinderat hat den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern einen Kredit in Höhe von 9 Millionen Franken zur Sanierung des Hauptgebäudes vorgelegt, über den die Stimmberechtigten zu entscheiden haben.

Eine vollständige Sanierung des Gebäudekomplexes würde nach Schätzungen knapp 15 Millionen Franken kosten. Der Gemeinderat Vaduz gab deshalb eine Variante in Auftrag, die nur die Sanierung und Neubedachung des Hauptgebäudes ohne wesentliche bauliche Veränderungen vorsieht. Diese Sanierungskosten belaufen sich nach den vorliegenden Berechnungen auf 9 Millionen Franken.

Sollten die Stimmbürger den vorgesehenen Kredit ablehnen, so wird der Gemeinderat - wie Bürgermeister Arthur Konrad in einer Gemeindeversammlung erklärte - nach Alternativen zum jetzigen Hotelbetrieb suchen. Vorerst aber soll über die geplante Sanierung entschieden werden.

## Amnesty zum Staatsfeind von Simbabwe erklärt

Harare (spk/dpa) Die Regierung Simbawbes hat die internationale Gefangenenhilfsorganisation amnesty international zum «Staatsfeind» erklärt. Vor dem Parlament in Harare gaben Innenminister Enos Nkala und Sicherheitsminister Emerson Munangwa in der Nacht zum Freitag bekannt, Informanten von amnesty würden künftig ohne Gerichtsverfahren inhaftiert.



Die Konsequenz aus dem Tschernobyl-Bericht in der Sowjetunion: «Kein Problem, Genosse! Wir müssen nur die Sicherheit erhöhen und menschliches Versagen ausschliessen.» (Copyright: Cosmopress)